

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

273 (22.11.1952)

# ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 22. November 1952

Nr. 273

## Kriegstagebuch von Dönitz gefunden

Bonn (UP). Das Kriegstagebuch des ehemaligen Oberkommandierenden der deutschen Kriegsmarine, Großadmiral Karl Dönitz, ist gefunden worden und befindet sich in einem rheinischen Verlagshaus, wo es überarbeitet werden soll. Die Aufzeichnungen, die Dönitz täglich während der ganzen Kriegszeit handschriftlich vorgenommen hat, sollen unter anderem den Beweis dafür erbringen, daß das Absinken der deutschen Marineerfolge zum Teil auf das persönliche Eingreifen und die Befehlserteilung Hitlers bei der Vorbereitung großer Marineaktionen zurückzuführen sei. Seine Anweisungen hätten des öfteren in direktem Gegensatz zu den Auffassungen der obersten Seekriegsführung gestanden. Dönitz befindet sich noch im Spandauer Gefängnis, wo er von der gegen ihn im Jahre 1948 in Nürnberg verhängten zehnjährigen Gefängnisstrafe nunmehr noch etwas über drei Jahre zu verbüßen hat.

## Filmneuerdung in Vorbereitung Bildung von drei großen Gesellschaften — Finanzierung durch eine Zentrale

Bonn (E.B.). Die Bundesregierung hat den Ländern Vorschläge für die Neuordnung des deutschen Films und die künftige Finanzierung der Filmproduktion zur Überprüfung übermittelt. Sie sollen Anfang Dezember in gemeinsamen Sitzungen beraten werden und dann in Form eines Gesetzentwurfs dem Parlament zugehen.

Die Vorschläge der Bundesregierung sehen die Errichtung von drei großen Filmgesellschaften vor: 1. eine Münchener Gesellschaft, der unter anderem die „Bavaria-Filmkonkord“ angehören soll; 2. eine Gesellschaft für Berlin und Wiesbaden, die Vermögenswerte in Berlin und Hessen umfassen soll und 3. eine nordwestdeutsche Gesellschaft, die im wesentlichen aus Filmtheater-Besitzern bestehen soll.

Der Münchener und Berlin-Wiesbadener Gesellschaft sollen drei bis vier Erstausführungstheater aus dem Vermögen der ehemals reichsteigenen Gesellschaften zugeteilt werden. Eine Treuhandverwaltungsgesellschaft soll nach Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen die Entlohnung des ehemals reichsteigenen Filmvermögens vornehmen. Die Befragung habe gezeigt, daß der deutsche Markt im Jahr nicht mehr als 60 bis 70 deutsche Filme aufnehmen kann. Die beiden großen Produktionsgesellschaften in München und Berlin-Wiesbaden würden im Jahr also 30 bis 40 Filme herstellen.

Zur Sicherung der Finanzierung der Filmproduktion schlägt die Bundesregierung die Errichtung eines zentralen Finanzierungsinstituts vor, das der gesamten deutschen Filmwirtschaft zur Verfügung stehen soll. Da im allgemeinen die Produzenten 60 Prozent der Herstellungskosten selbst aufbringen können, müßte die öffentliche Hand durch dieses Finanzierungsinstitut die Sicherung von 40 Prozent der Herstellungskosten übernehmen. Das Institut soll mit Finanzierungsmitteln in Höhe von insgesamt 34 Millionen DM ausgestattet werden, davon 10 Millionen DM Kapital und 24 Millionen DM Darlehen. Eine baldige weitgehende Überführung des Finanzierungsinstituts in private Hand wird beabsichtigt.

## Pinay drohte mit dem Rücktritt

Paris (UP). Frankreichs Ministerpräsident Antoine Pinay überstand am Freitagabend die erste größere Krise in der Debatte über das Budget für das Jahr 1953. Nachdem er mit seinem Rücktritt gedroht hatte, stimmte die Nationalversammlung mit 304 gegen 214 Stimmen gegen einen Antrag der Sozialisten, durch dessen Annahme der Debatte über die Familienbeihilfen und Pensionen Vorrang eingeräumt werden wäre. Die Ja-Stimmen wurden von den Sozialisten, den Kommunisten und einigen gemäßigten Republikanern (MRP) abgegeben.

## Franzosen räumen weitere Stützpunkte

### Lage in Indochina immer kritischer

Hanoi (UP). Im Krieg in Indochina ist erneut eine für die Franzosen ungünstige Wendung eingetreten. Das französische Oberkommando, das dem Vormarsch der Aufständischen nur wenig entgegenzusetzen hat, gibt sich keine Mühe mehr, den Ernst der Situation zu verschleiern. Die Rebellen befinden sich ganz offensichtlich in einer neuen Offensive mit dem Ziel, die französischen Verteidigungsstellungen in der Provinz Thai aufzurollen. Die Stützpunkte Moc Chau und Balay in der Nähe des Schwarzen Flusses sind nach einem Kommando des Oberkommandos wegen der erdrückenden Übermacht der heranrückenden Rebellenstruppen geräumt worden. Über das Schicksal der Besatzungen bildet Forts, die sich auf dem Rückmarsch befinden, ist nichts bekannt.

Moc Chau sicherte die Kolonialstraße 14 die von Hanoi zum wichtigen Versorgungszentrum Son La führt. Offensichtlich haben sich die Aufständischen vorgenommen, Son La zu erobern, dem sie sich schon auf 50 Kilometer genähert haben. Die gegenwärtigen Kämpfe spielen sich über 100 km östlich von Hanoi in gebirgigem Gelände ab und ein Heranschaffen von Verstärkungen ist kaum möglich. Die Franzosen versuchen jedoch, über eine „Luftbrücke“ Nachschub nach Son La zu schaffen.

## Stürmische Debatte um Maiers Politik

„Gefahr von rechts“ oder „Pflicht nach rechts“ — Auseinandersetzung wegen Stuttgarter Koalition

Bad Ems (UP). Zu einem erbitterten Wortgefecht über den künftigen Kurs der Freien Demokraten und die Frage „Sieht der Feind rechts oder links?“ kam es auf dem FDP-Parteitag in Bad Ems zwischen dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, und dem hessischen FDP-Vorsitzenden August Martin Eiler.

Die Auseinandersetzung entzündete sich an der Behauptung Maiers „Die Gefahr nach rechts und die Gefahr von rechts ist ganz offenbar“. Eiler warf Maier daraufhin vor, der Feind stehe nicht rechts, sondern bei der SPD. Maier verteidigte lebhaft sein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten in Baden-Württemberg und führte die wirtschaftliche Blüte seines Landes als Beweis für die Richtigkeit seiner Politik an. Koalition bedeute zudem nicht Identifizierung. In scharfen Worten verurteilte er den Abfall einer kleiner Gruppe Freier Demokraten aus Württemberg-Hohenzollern vom Stuttgarter Landesverband und beschuldigte Eiler, dabei seine Hand im Spiel gehabt zu haben.

Eiler hielt dem Stuttgarter Ministerpräsidenten daraufhin vor, daß er durch sein Geschrei über die angebliche Gefahr von rechts überhaupt erst eine Gefahr schaffe, indem er die alten Soldaten, die Heimkehrer und die ehemaligen Nationalsozialisten vor den Kopf stoße. Mit „äußerster Radikalität“ sollte die FDP zwar gegen die totalitären Staatsfeinde vorgehen, meinte der hessische Landesvorsitzende, aber gleichzeitig versuchen, die ehemaligen Mitglieder der NSDAP für die FDP und damit für die Demokratie zu gewinnen. Dem Koalitionspartner Maier, der SPD, warf Eiler vor, durch ihre Verleumdung der Europa-Politik der Bundesregierung der Sozialistischen Reichspartei die Argumentation „aus dem Hugenberg'schen Vokabularium“ zu liefern. Als Antwort auf Maiers These von der „Gefahr von rechts“ proklamierte Eiler die „Pflicht nach rechts“. Es komme nicht darauf an, was die Menschen früher gedacht hätten, sondern einzig ihre heutige Einstellung sei wichtig.

In der weiteren Diskussion befuhrte Maier, dessen Ausführungen oft mit Beifall quittiert wurden, das von der Hamburger FDP vorgelegte „Liberales Manifest“. Dabei forderte er zu einer konstruktiven und erfolgreichen Sozialpolitik auf und warnte, daß schon eine mäßige Konjunkturveränderung eine Gefahr für die Demokratie bedeuten könne. Es gebe keine „soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland, sondern nur eine „freie Marktwirtschaft“.

Ausführlich beschäftigte sich Maier mit dem Abfall der württemberg-hohenzollernischen Demokraten unter Dr. Leuze. Die Gesamtpartei müsse den Streit entscheiden. Hinter den Kulissen hätte sich jetzt die Intrige des Falles bemächtigt. „Diplomatie der Dodeckelfürstümer“ wird praktiziert. Mittelalterliche

Formen erleben fröhliche Auferstehung.“ Zur Kritik an seiner Koalition mit der SPD sagte er im Hinblick auf die erzielten Erfolge in seinem Land: „Solcher positiver Leistung gegenüber sind auch noch so hochgemute Tiraden ewig verholter Volkstribunen leuzen-eulerischer Art und Abart wesensloser Schall und Rauch.“

„Der schwäbische Gruß ist keine Beleidigung“, versicherte Maier, nachdem er ihn kürzlich gewissen FDP-Politikern entboten hatte. Er werde „bekanntlich gebraucht, um ein Gespräch anzuknüpfen, oder es abbrechen oder aber, um ihm eine andere Wendung zu geben“. Er sei vielmehr ein Gruß aus Schwaben an die im Rechtsgalopp Reitenden, „also an die Davonreitenden“ gewesen. Die Bundespartei habe manches gutzumachen. Sie hätte Stuttgart nicht im Stich lassen dürfen. „Wir haben vorgelebt und erwarten, daß mit dem bisherigen Verhalten Schluß gemacht wird, auf der ganzen Linie.“ Sein Landesverband sei zur Mitarbeit bereit. Er bitte aber um offene Verhandlungen, Verzicht auf Voreingenommenheit und Überheblichkeit.

„Es geht nicht um die schwäbischen Idylle“, erwiderte hierauf Bundesjustizminister Dehler, „sondern es geht um das Schicksal unseres Vaterlandes. Der Sozialismus ist unser Feind auf außerpolitischem Gebiet. Da gibt es keinen Kompromiß. Mit dem Sozialismus gibt es kein Foktieren.“ Man dürfe nicht „vermanachen und einen politischen Einlopf“ herstellen. Die SPD kämpfe einen Kampf um Leben und Tod gegen das, was die FDP wolle. Die SPD nehme zu Unrecht für sich in Anspruch, daß sie der legitime Vertreter der Arbeiterklasse sei. Auch dem „Märchen von den Leistungen der Gewerkschaften“ fehle die Bestätigung. Der Bundesjustizminister sprach schließlich die Hoffnung aus, daß das Bundesverfassungsgericht bei der Behandlung der SPD-Klage wegen der deutsch-alliierten Verträge keine „politischen, sondern Rechtsentscheidungen“ trifft.

Der Bundestagsabgeordnete Freiherr von Hechenberg lehnte das „Liberales Manifest“ der Hamburger FDP ab. Er vermißte darin eine Reihe von ganz selbstverständlichen Forderungen. Wenn der SPD-Vorsitzende Ollenhauer kürzlich einmal behauptet habe, daß die Freien Demokraten die künftigen Gegner der SPD seien, so habe er damit gewiß nicht den Landesverband Baden-Württemberg gemeint. Der niedersächsische Landesvorsitzende Stegner versuchte unmittelbar im Anschluß an die heftige Kontroverse Maier — Eiler zu vermitteln und erklärte unter starkem Applaus, der Feind sei weder rechts noch links zu suchen, sondern ausschließlich bei denen, die noch abseits des demokratischen Lebens stehen. Die Kardinalfrage sei daher nicht, zu restaurieren — „weder Monarchie, noch die Weimarer Republik oder das Dritte Reich“ — sondern in die Zukunft zu schauen und zu konstruieren.

## FDP hat sich noch nicht entschieden

Deutsches Programm oder Liberales Manifest — Mende für Ausweisung aller Kommunisten

Bad Ems (UP). Der erste FDP-Vorsitzende Franz Blücher richtete zum Abschluß der großen Debatte über die politische Grundhaltung der FDP an den Bundesparteitag einen letzten Appell, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in geschlossener Einheit zusammenzustehen. Wenig später versammelte sich der Gesamtvorstand der Partei, um über die wichtige Frage zu beraten, ob eine Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden soll, für den der Repräsentant des rechten Flügels, Friedrich Middelhaufe, als zweiter Vorsitzender nominiert wurde. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß es nicht zu einer Bestätigung des alten Vorstandes, sondern zur Neuwahl kommt. Als wichtigstes Ergebnis des Kongresses scheint sich schon jetzt abzuzeichnen, daß es nicht zu einem echten Bruch oder einem Auseinanderfallen der Partei über die verherrschenden Meinungsverschiedenheiten kommt.

In der Aussprache ging es — abgesehen von den Kontroversen um Dr. Reinhold Maier — um die Klärung der Frage, ob man sich zu einer nationalen Sammlungsbewegung auf der Grundlage des „Deutschen Programms“ Friedrich Middelhaufes ausweisen oder eine liberale Partei nach den Grundzügen des Hamburger „Liberalen Manifestes“ bleiben wolle. Eine eindeutige und klare Antwort wurde nicht erteilt, so daß sich Blücher in seinem Schlußwort genötigt sah, diese Klarheit nachdrücklich zu verlangen. Eine wichtige Rolle spielte auch die Frage, inwieweit den ehemaligen Nationalsozialisten in der FDP „die Tore geöffnet“ werden sollen. Die Männer der Rechten sprachen sich für die Aufnahme aller aus, die auf dem Boden der Demokratie stünden, die Männer von Links waren in dieser Beziehung sehr viel zögernder. Die Außenpolitik, die Sorge für die Jugend und die Kulturpolitik wurden von Blü-

cher als Punkte genannt, die „zu kurz gekommen“ seien.

Bundestagsabgeordneter Erich Mende forderte die Ausweisung aller Kommunisten, die im Bundesgebiet die demokratischen Freiheits- und Grundrechte mißbrauchen, in das „sowjetische Paradies“. Die Verfassungsrichter müßten eine solche Möglichkeit der Abwehr sogleich prüfen. Nur durch die Erfahrung am eigenen Leibe seien aus den Kommunisten Ernst Reuter und Herbert Wehner Sozialdemokraten geworden.

Mende forderte erneut die Freilassung der Kriegsverurteilten und sprach die Warnung aus, daß er und einige seiner Freunde im Bundestag gegen die deutsch-alliierten Verträge stimmen würden, wenn nicht vorher in einem „symbolischen Akt“ einige der noch in alliierten Gefängnissen festgehaltenen 100 kriegsverurteilten Soldaten freigelassen würden. An die Adresse Frankreichs gewandt, schlug Mende vor, die bei den letzten Kämpfen in Indochina gefallenen 3000 deutschen Fallschirmjäger und ehemaligen Waffen-SS-Männer als ein „Sühneopfer für Deutschland“ anzusehen und daraus die Verabschiedung herzuleiten, bei den nun im achten Jahr Inhaftierten Gnade walten zu lassen. Staatsfeind Nr. 1 sei der Bolschewismus und nicht, wie es beim Bundesjustizminister den Anschein habe, die SPD.

In beredten Worten verteidigte der nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende Friedrich Middelhaufe das von ihm vorgelegte „Deutsche Programm“ und sein Ziel, die FDP zu einer nationalen Sammlungsbewegung auszuweiten. Er behauptete, auf dem Parteitag bereits „breite Zustimmung“ dafür gefunden zu haben. Die Kritiker des „Deutschen Programms“ hätten es offenbar gar nicht gelesen. Das „Liberales Manifest“ der Hamburger FDP lasse vieles vermissen.

## Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Turbulente Szenen spielten sich im Bonner Bundeshaus ab, als die Fraktionsführer der Regierungskoalition den Versuch machten, die Lösung des Deutschland- und des Verteidigungsvertrages in den Tagen vom 20. bis 22. November zu erzwingen. Ein diesbezüglicher Beschluß des Ministerrates war von der Opposition verhindert worden. Deshalb gedachte man nun, im Hinblick auf die vermeintliche sichere Mehrheit der Regierungsparteien im Plenum die gewünschte Entscheidung herbeizuführen. Sie erlebten dabei ein böses Fiasko. Einige Abgeordnete der FDP (man hört die Namen Pfeleiderer, Hüter, Stegner, Onnen, Meißner, Iik, Grundmann, Rademacher, Zawadil, Maub und Freudenberger der bayerischen DP, der WAV und der FU schlugen sich auf die Seite der Sozialdemokraten, die in frenetischen Jubel ausbrachen, als feststand, daß ihnen zum ersten Mal ein „Sieg“ über Adenauer geglückt war.

„Der Kanzler hätte sich diese Niederlage ersparen können“, meinte Erich Ollenhauer, womit er sicher nicht ganz unrecht hat, denn manche Abgeordnete, die gegen den Regierungsantrag votierten, und jene CDU-Parlamentarier, die vor dem Himmelssturz zwecks „Stimmhaltung“ das Haus verließen, taten dies nicht aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Verträge. Sie hielten nur das Argument für zutreffend, daß man nicht in Bonn und Karlsruhe gleichzeitig über dieselben Themen diskutieren sollte, zumal infolge der Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht die erste Garnitur der Parlamentarier im Bundestag fehlen müßte, da man sie in Karlsruhe benötigt.

Einen sehr klugen Kommentar zu diesen Vorgängen lieferte die „Neue Wiener Tageszeitung“. In ihr konnte man lesen: „Das Verhalten des Bundestages muß als Schuß vor den Bug des Schiffes Deutschland gewertet werden, das heute von Dr. Adenauer und seinen Männern mit starker Hand im richtigen Kurs gehalten wird, dessen „Vollampf“ voraus, denn vor uns liegt Europa! Ansehend nicht auf die ungeteilte Zustimmung der deutschen Vertreter steht. Eine knappe Majorität von ihnen wünschte das Tempo in dem Deutschland seinen Beitrag zur Vereinigung Europas leisten will, zu verlangsamen. Dies mag aus dem Gefühl heraus geschehen, daß Deutschland dem Konvoi der übrigen europäischen Staatschiffe nicht vorauspreschen möge, da man nicht wisse, ob die Kapitäne der langsamen Boote nicht noch an Kursänderung denken. Man vergißt jedoch dabei, weshalb die anderen Schiffe, vor allem Frankreich, langsam fahren. Sie wollen nämlich gerade Deutschland im Auge behalten und an seinem Tempo einen Beweis des guten Willens zur europäischen Verteidigung erkennen. Liefert es diesen nicht dann werden alle Schiffe des Geleitzuges Europa versuchen, langsamer zu sein als das langsamste von ihnen, und die Gefahr ist groß, daß sie dann allesamt ihr Ziel nicht erreichen.“

Dr. Adenauer hat angekündigt, daß er im Bundestag den Antrag stellen lassen werde, die Ratifizierungsdebatte nun in der ersten Dezemberwoche durchzuführen. Wahrscheinlich dürfte er dafür die erforderliche Mehrheit finden, es sei denn, es käme in Karlsruhe zu Überraschungen. Ansehend rechnet der Kanzler aber nicht mit einem für ihn negativen Gutachten des Bundesverfassungsgerichts, obwohl ihm der frühere Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, eine Absage erteilte, als der Kanzler ihn dringend bat, einen der vakanten Sitze in diesem Gericht einzunehmen.

Natürlich wird die Opposition sich mit allen Mitteln darum bemühen, nochmals eine Verschiebung der Bundestagsdebatte über den Wehrbeitrag zu erreichen, obwohl sie während der letzten Sitzung in Bonn zum ersten Mal in einer prinzipiellen außenpolitischen Manifestation sich dazu bereit fand, den Appell der Regierungskoalition zu gemeinsamer Demonstration zugunsten der unterdrückten Saarbevölkerung Folge zu leisten. Alle Parteien des Bundestages — selbstverständlich mit Ausnahme der Kommunisten — bekannten sich einmütig zu unseren deutschen Landesleuten im Saargebiet, erklärten die dort bestehenden Wahlen für illegal und stellten fest, daß sie jede aus solchen Wahlen hervorgehende Regierung nicht anerkennen werden. In einer Darstellung seiner Verhandlungen mit Schuman gab der Kanzler bekannt, in allen Fragen bezüglich der künftigen Eurozolltarif der Saar, der Verschiebung der Wahlen und des deutsch-französischen Verhältnisses habe man Übereinstimmung erzielt; nur ein einziger Satz der französischen Vorschläge habe von ihm nicht gebilligt werden können, jener Satz nämlich, in dem die Pariser Regierung die Anerkennung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion mit allen ihren Folgen verlangte.

Im Echo des Auslandes zur Bonner Saar-Demonstration fehlt es daher auch nicht an Stimmen, die herbe Kritik an Robert Schuman üben, weil er in der Tat durch seine unerfüllbare Forderung die Verhandlungen zum Scheitern brachte. Dabei mag die Frage offenbleiben, ob er dies aus politischen oder taktischen Gründen tat, wenngleich wir nicht übersehen dürfen, daß die letzteren zur Zeit in Paris eine sehr erhebliche Rolle spielen, nachdem das Kabinett Pinay wieder einmal

# Vertragsdebatte ab 3. Dezember?

Pfleiderer nicht mehr im Auswärtigen Ausschuss - Protest gegen Werbung für Fremdenlegion

um seine Existenz kämpfen muß. Es hat in den letzten Tagen in der Nationalversammlung zwei Abstimmungsversuche erlitten, die um so ernster sind, als sie den ganzen Arbeits- und Budgetplan Pinays über den Haufen zu werfen drohen.

In ähnlicher Situation befindet sich übrigens General Ridgway, der in seinem Hauptquartier bisher erfolglos darüber bemüht war, wie er den „Fahrplan“ der NATO, der recht erhebliche Verspätungen aufweist, in Ordnung bringen könnte. Neuerdings sieht es sogar so aus, als müßte die für Januar angesetzte Tagung des NATO-Rates um mindestens ein Vierteljahr verschoben werden, weil Eisenhower mitteilte, er könne sich in keiner Weise vor seinem Regierungsantritt verbindlich äußern und außerdem benötige er noch einige Monate Zeit, um sich einzuarbeiten. Offenbar hat der Wahlkampf in den USA doch recht tiefe Klüfte zwischen den beiden Parteien aufgerissen, denn in der ersten, auffallend kühlen Aussprache zwischen Eisenhower und Truman wurde nur der Austausch von Informationen aber keine Zusammenarbeit vereinbart.

Inzwischen hat Eisenhower jedoch schon die wichtigsten Posten in seinem künftigen Kabinett besetzt. John Foster Dulles, der Jahrelang der republikanische Berater Trumans in außenpolitischen Fragen war, übernimmt die Nachfolge Achesons. Er steht im Ruf, ein ausgezeichneter Experte zu sein, der sich vor allem als Schöpfer des japanischen Friedensvertrages einen Namen machte. Sein besonderes Interesse an asiatischen Fragen wird man allerdings in Europa mit gewissen Besorgnissen beobachten müssen, obwohl seine These, die USA müßten eine aktivere Politik gegen die Sowjetunion treiben, darauf schließen lassen könnte, daß er dabei eine der wichtigsten Fronten, nämlich die europäischen, nicht vernachlässigen wird. Neben Dulles tritt als Verteidigungsminister Charles Wilson, der Präsident der General Motors, dem vor allem ein hervorragendes Organisationstalent nachgesagt wird, während der bisher in Europa unbekannteste Gouverneur von Oregon, Douglas McKay, zum Innenminister berufen wurde.

Wenn wir zum Schluß dieses „Querschnitts der Woche“, der noch den gewaltigen Wahlsieg des griechischen Nationalheros Papagos zu verzeichnen hat, der durch Erringung von vier Fünfteln aller Mandate endlich eine stabile Regierung bilden kann, zu einheimischen Vorgängen zurückkehren, dann empfehlen wir zwei Ereignisse der Aufmerksamkeit unserer Leser: Der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ hat sich in „Gesamtdeutscher Block“ umbenannt, um auf diese Weise jene bürgerlichen, den Rechtskreisen zuzurechnenden Wähler zu gewinnen, die sich bisher politisch nicht angesprochen fühlten. Der BHE ging dabei von Erwägungen aus, die auch beim jetzigen Bundesparteitag der FDP in Bad Ems im Vordergrund stehen. Ihm würde die schwierige Aufgabe gestellt, möglichst einen Bruch zu vermeiden, aber doch zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Partei eine programmatische Entscheidung zu fällen.

**Eine 30prozentige Erhöhung der Grundvergütung für Behördenangestellte** wurde von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft mit Wirkung vom 1. Januar 1953 gefordert.

**Über 30 Wählergemeinschaften** haben in Niedersachsen Einsprüche gegen die Kommunalwahlen vom 9. November erhoben. Vermutlich muß in mehreren hundert Orten neu gewählt werden.

**Der vierte Parteitag der Christlich-Demokratischen Partei Italiens** wurde in der Römischen Oper in Anwesenheit von Flüchtlingsminister Lukaschek eröffnet.

**Die UNESCO-Jahrestagung** legte das Budget für die Jahre 1953/54 auf 18 Millionen Dollar fest. Es liegt damit um zehn Prozent niedriger als das Minimum, das zur Fortsetzung der Tätigkeit nach Ansicht des Exekutivkomitees notwendig ist.

**Harold Shantz**, der neue US-Gesandte in Rumänien, überreichte Ministerpräsident Groza in Bukarest sein Beglaubigungsschreiben.

**Charles Wilson**, der in der neuen amerikanischen Regierung das Verteidigungsministerium übernehmen soll, gab bekannt, er werde Eisenhower auf seiner Reise nach Korea begleiten.

**Für die Herzogin von Windsor** besteht nur geringe Aussicht, daß sie an der Seite ihres Gatten an den Krönungsfeierlichkeiten teilnehmen kann.

**Bonn (E.B.)** Die Fraktionen der Regierungsparteien werden im Alltagsrat des Bundestages beantragen, die zweite und dritte Lesung der deutsch-alliierten Verträge jetzt vom 3. bis 5. Dezember im Bundestag vorzunehmen.

Der Bundestag wird voraussichtlich auf seiner nächsten Sitzung am Mittwoch über diesen Termin abstimmen. Der Außenpolitische Ausschuss arbeitet inzwischen auf Hochtour, um den Ausschussbericht über die Verträge rechtzeitig fertigstellen zu können.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Karl Pfeiderer, der bekanntlich zu den Gegnern der Abkommen in ihrer jetzigen Form gilt, wurde inzwischen von der FDP-Fraktion aus dem Auswärtigen Ausschuss aberufen und durch den FDP-Abgeordneten Oskar Funke ersetzt. Die Entscheidung von Abgeordneten in Ausschüsse des Bundestages und ihre eventuelle Abberufung ist Sache der Fraktionen.

Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer erklärte in einem Rundfunkinterview, wie immer das vom Bundespräsidenten angeforderte Gutachten zum Wehrbeitrag ausfalle, in jedem Falle müsse man den Abgeordneten die Möglichkeit geben, den Inhalt des Gutachtens zur Kenntnis zu nehmen, ehe die Entscheidung mit Ja oder Nein getroffen werde. „Man würde“ — so sagte der Oppositionsführer — „die ganze Auseinandersetzung über diese Frage auf eine viel stärkere und breitere Grundlage stellen, wenn man sich damit einverstanden erklärte, die endgültige Beschlussfassung des Bundestages erst dann herbeizuführen, wenn der neue Bundestag mit neuen Mandaten ausgerüstet ist.“

Die Bundesregierung protestierte in einer Note an die alliierten Hochkommissare gegen die Methoden der Werbung von jungen Deutschen für die französische Fremdenlegion. Unmittelbar für den Einspruch der deutschen Regierung war der Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze bei Schwelgen, wo französische Gendarmen 19 deutsche Rekruten für die Fremdenlegion der Kontrolle durch die deutsche Grenzpolizei entzogen

und mit Gewalt über die Grenze georsant haben.

Zur Zeit werden in der Bundesrepublik täglich etwa 15 junge Deutsche für den Dienst in der französischen Fremdenlegion angeworben. In Bonn wird in diesem Zusammenhang erneut auf die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Werbung für die Fremdenlegion hingewiesen: Die Bundesregierung unterstützt finanziell die Aufklärungs- und Aufnahmefähigkeit von Jugendorganisationen in der Nähe der Werbestellen für die Fremdenlegion in der französischen Zone. Die Bundesregierung bemüht sich in rund 200 Fällen um die Annullierung von Verträgen mit der französischen Fremdenlegion, die minderjährige Deutsche eingegangen sind. Bisher sind zwölf Minderjährige wieder entlassen worden. Der von der Bundesregierung dem Bundestag zugeleitete Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes stellt die Anwerbung von Deutschen zum Wehrdienst in einer ausländischen militärischen oder militärähnlichen Organisation unter Strafe. Eine entsprechende Bestimmung des Strafrechts wird durch ein allieries Kontrollratsgesetz aufgehoben werden.

Der SPD teilt dazu mit, daß nach ihren Informationen etwa 80 Prozent der Fremdenlegionäre, die für Frankreich in Indochina kämpft, Deutsche sind.

**DGB zum Fall Kutsch**

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtete einen Appell an die Hochkommission, sich für die Sicherung der demokratischen Grundrechte an der Saar einzusetzen. Der DGB protestiert dagegen, daß Gewerkschaftsfunktionäre im Saargebiet durch Kriminalpolizei an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert werden und es ihnen dadurch unmöglich gemacht wird, die ihnen von den Gewerkschaftsmittgliedern gestellten Aufgaben zu erfüllen. Diese Vorgänge stellen einen schweren Verstoß gegen die demokratischen Grundrechte dar und lassen offensichtlich erkennen, daß durch diese Gewaltmaßnahmen die bevorstehenden Wahlen beeinträchtigt werden sollten.

# Mehr Mittel für sozialen Wohnungsbau

Vergrößerung der Wohnraumfläche abgelehnt - Wichtige Beschlüsse des Bundesrats

**Bonn (E.B.)** Der Bundesrat hat der von der Bundesregierung vorgelegten Novelle zum ersten Wohnungsbauengesetz zugestimmt, jedoch zahlreiche Änderungswünsche geltend gemacht.

Unter anderem fordern die Länder, daß der Bund mindestens 200 Millionen DM jährlich für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen und eine Erhöhung dieses Anteils in Aussicht nehmen soll. Der Bundesrat lehnte jedoch eine Erhöhung der Grundquadratmeterzahl der Wohnraumfläche angesichts der Wohnungsnot ab. Die Frage einer Mietpreiserhöhung wollen die Länder einer Rechtsverordnung überlassen.

Der Bundesrat hat die vom Bundestag bereits verabschiedete sogenannte kleine Kapitalmarktreform ebenfalls gebilligt. Die drei Einzelgesetze — das Gesetz über den Kapitalmarktverkehr, das Kapitalmarktförderungsgesetz und das Gesetz über die Aufhebung der Dividendenabgabeverordnung — können jetzt verkündet werden. In der Debatte forderte Rheinland-Pfalz eine stärkere Berücksichtigung der Kommunen im Kapitalmarktförderungsgesetz, da sonst für die Behebung von Anleihen Ungleichheiten zu befürchten seien. Hessen beantragte Anrufung des Vermittlungsausschusses, um zu erreichen, daß die Steuerbegünstigung auf Zinsen für Industrie- und Gewinnobligationen sowie für Wandelanleihen beschränkt wird. Bremen forderte die Einführung einer Möglichkeit der Selbstfinanzierung der Seeschifffahrt. Staatssekretär Hartmann vom Bundesfinanzministerium billigte vor den Ländervertretern die Anträge von Rheinland-Pfalz und Bremen und kündigte an, daß die Bundesregierung durch Rechtsverordnungen den Wünschen der beiden Länder entsprechen werde. Der Antrag Hessens wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Die Länder stimmten auch dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz über die Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes zu. Als einziges Land lehnte Nordrhein-Westfa-

len das Gesetz im ganzen ab, weil es nach seiner Ansicht keine wirksame Vereinfachung erreichen werde. Nach dem Gesetz wird die Pauschale für Sonderausgaben in der Lohnsteuer um jährlich 136 DM erhöht. Mit zahlreichen Änderungen versah der Bundesrat den Entwurf eines Änderungsgesetzes zur Gewerbeordnung, der ihm im ersten Durchgang vorlag. Das Gesetz faßt die Gewerbeordnung in einer Reihe von Punkten neu. Unter anderem regelt es die Gewerbe-Untertagung, das Wandergewerbebetriebe und den Gewerbebetrieb außerhalb der Betriebsstätte. Nach dem Entwurf kann zum Beispiel die Ausübung eines Gewerbes ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer untersagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden zeigen oder wenn eine Gefährdung der Allgemeinheit zu befürchten ist.

Den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten, Zahnärzten und Krankenkassen (Kassenarztrecht) hat der Bundesrat in der Fassung der Regierungsvorlage abgelehnt. Er stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, daß gegen die im Entwurf vorgesehenen Regelungen so schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken beständen, daß ihnen im Rahmen der einzelnen Empfehlungen nicht begegnet werden könne, sondern eine grundsätzliche Umgestaltung der Vorlage notwendig sei.

**Ministerialdirektor Dr. Bergemann** wurde zum Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium ernannt, nachdem der bisherige Staatssekretär Frohne einen lebenden Posten bei der Bundesbahn übernahm.

# Pro-deutscher Saarpolitiker mißhandelt

70-jähriger starb nach einem Überfall - Ein politischer Mord?

**Bad Ems (UP).** Ein führender Politiker der verbotenen Demokratischen Partei Saar der Saarbrücker Stadtverordnete Georg Geiger, ist in seiner Saarbrücker Wohnung von unbekanntem Eindringlingen so schwer mißhandelt worden, daß er zwei Stunden später starb.

Diese Mitteilung machte Vizekanzler Blücher dem Bundesparteitag der FDP in Bad Ems, dessen Delegierte sich zu Ehren des Ermordeten von ihren Plätzen erhoben und eine Minute im Schweigen verharrten. Die Nachricht von der Ermordung, die Blücher telefonisch von dem DPS-Vorsitzenden Dr. Richard Becker übermittelt wurde, hat in Kreisen des Parteitages und in Bonn ungeheure Erregung ausgelöst.

Dr. Georg Geiger, der Sohn des Verstorbenen, äußerte sich zu dem Vorfalle wie folgt: „Um 20 Uhr drangen zwei Eindringlinge in meine Wohnung ein. Sie verlangten die Herausgabe von Flugblättern. Daraufhin verwies ich sie des Hauses und drängte zwei Eindringlinge bis an die Tür zurück. Daraufhin kamen zwei neue Leute, die mit Gummiknüppeln bewaffnet waren, an die Türe. Mein Vater Georg Geiger, und meine Frau wurden vor je einem der Eindringlinge in Schach gehalten. Ich selbst wurde von den beiden übrigen mit Gummiknüppeln angegriffen. Mein Vater ist zwei Stunden nach dem Überfall an den Folgen der Überanstrengung verstorben. Mein Vater war beiseitend und 70 Jahre alt. Er sollte in den nächsten Tagen als Abgeordneter der DPS in den Saarbrücker Stadtrat ein-

# Vier deutsch-schweizerische Verträge

Härtefonds für Ostzonenflüchtlinge - Ergänzungen zum Lastenausgleich

**Bonn (E.B.)** Das Bundeskabinett verabschiedete ein Ratifizierungsgesetz für die im August mit der Schweiz unterzeichneten Abkommen über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz, über die Regelung der schweizerischen Forderung gegen das ehemalige Deutsche Reich, über den Lastenausgleich und über die deutschen Gewerbeschutzrechte in der Schweiz.

In dem Ratifizierungsgesetz wird bestimmt, daß die deutschen Vermögens in der Schweiz, die durch die Zahlung der Ablösungssumme in Höhe von einem Drittel des Vermögenswertes an die Alliierten freigegeben werden, nicht zum Lastenausgleich herangezogen werden. Die Eigentümers, die ihr Vermögen in der Schweiz nicht einlösen, werden nach dem Lastenausgleich zur Zahlung einer Vermögensabgabe in Höhe von einem Drittel des Vermögenswertes herangezogen. Vermögen im Werte bis zu 10.000 Schweizer Franken brauchen weder nach dem deutsch-schweizerischen Abkommen eine Ablösungssumme, noch nach dem Ratifizierungsgesetz an den Lastenausgleichsfonds eine Vermögensabgabe zu entrichten.

Nach den Abkommen werden die bisher beschlagnahmten deutschen Vermögen über 10.000 Franken in der Schweiz freigegeben, wenn jeweils ein Drittel des Vermögenswertes über die Schweiz an die Alliierten als Reparation gezahlt wird. Aus Forderungen der Schweiz an das ehemalige Deutsche Reich hat die Bundesrepublik noch 850 Millionen Schweizer Franken zu zahlen. Davon wird die Schweiz nach dem Abkommen 200 Millionen Franken in der deutschen Wirtschaft investieren. Nach dem dritten Abkommen werden Schweizer Bürger, die Vermögen in Deutschland haben, weitgehend von den Lastenausgleichsabgaben befreit.

Das Bundeskabinett verabschiedete ferner zwei Durchführungsverordnungen zum Lastenausgleichsgesetz, die die Leistungen aus dem Härtefonds für Sowjetzonenflüchtlinge und Vertriebene aus dem Saarland regeln und die reibungslose Überleitung der Leistungen aus der Soforthilfe in den Lastenausgleich sicherstellen sollen. Nach dem Beschluß des Kabinetts sollen im kommenden Jahr 50 Millionen DM aus dem Lastenausgleichsfonds „zur Linderung besonderer Not“ für Hausratsbeschaffung, Unterhaltsbeihilfe, Ausbildungsbeihilfe und Aufbaudarlehen an Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone und Vertriebene aus dem Saarland ausgegeben werden. Beide Personengruppen werden im Lastenausgleichsgesetz nicht berücksichtigt. Ferner sollen 100 Millionen DM für „sonstige Hilfeleistungen“ für die im Lastenausgleich genannten Vertriebenen, vor allem für die Ausbildungsbeihilfe, aufgewandt werden.

Nach der zweiten Verordnung, die im Gegensatz zur ersten schon vom Bundestag gebilligt ist, soll die Unterhaltsbeihilfe aus der Soforthilfe noch bis zum 31. März 1953 weitergezahlt werden, und darüberhinaus bis zum 31. März 1954, wenn die Kriegsschadenrente nach dem Lastenausgleichsgesetz noch nicht gezahlt werden kann, weil die Schadensfeststellung noch nicht abgeschlossen ist.

# Clementis und Geminder gestanden

**Prag (UP).** Im Schauprozess gegen „Slansky und Komplexen“, der im großen Gerichtssaal des düsteren St.-Pankraz-Gefängnisses zu Prag stattfindet, haben sich der ehemalige Außenminister der CSR, Wladimir Clementis und Bedrich Geminder, einst die „Graue Eminenz“ der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, als im Sinne der Anklage schuldig bekannt. Der Hauptangeklagte Slansky hatte bereits am Vortag ein „Schuldkenntnis“ abgelegt. Geminder gestand, ein Landesvertreter und Spion zu sein. Er beklagte vor seiner Verhaftung den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs der Tschechischen Kommunistischen Partei und war damit engster Mitarbeiter von Generalsekretär Slansky. Clementis hat zugegeben, die Ermordung des tschechoslowakischen Präsidenten Klement Gottwald geplant zu haben.



Der neugewählte USA-Präsident Eisenhower traf mit Truman zusammen. Unser Bild zeigt den ersten Händedruck zwischen Truman (links) und Eisenhower nach dem scharf geführten Wahlkampf.

ziehen, wo ein bisheriger Abgeordneter aus sein Mandat verzichtet hatte. Der Überfall in der Wohnung dauerte etwa 15 bis 20 Minuten.“ Die Saarbrücker Polizei bestätigte diesen Vorgang. Nach der Darstellung Blüchers soll Geiger senior zu Tode geprügelt worden sein.

Ämtliche Stellen in Saarbrücken bestreiten die von Vizekanzler Blücher gegebene Darstellung. Ministerpräsident Hoffmann erklärte auf Anfrage wörtlich: „Nach dem bisherigen Stand der Untersuchung durch die Kriminalpolizei und nach den Angaben des Sohnes und der Schwägerin des Verstorbenen kann von einem Mord keine Rede sein.“ Nach der Darstellung des Informationsamtes der Saar-Regierung soll Geiger weder geschlagen noch mißhandelt worden sein. Es wird jedoch zugegeben, daß Geiger jun. und seine Ehefrau mißhandelt wurden. Der von der Kriminalpolizei hinzugezogene Arzt stellte als vermutliche Todesursache Herzschwäche fest. Zur restlosen Aufklärung hat der Oberstaatsanwalt eine gerichtliche Leichenöffnung beantragt.

# Trierer Bischof zur Saarwahl

Der Bischof von Trier, Dr. Matthias Wehr, hat an die katholischen Geistlichen des saarländischen Teiles der Diözese Trier einen Brief gerichtet, der Hinweise für die Saarwahlen enthalten soll. In dem Brief heißt es nach der vorliegenden Darstellung u. a., daß die katholische Kirche bei der Saarwahl jede christliche Gewissensentscheidung achten werde, „gleichgültig, ob der Wähler seine Stimme abgibt oder nicht“.

# Dibelius kann nicht nach Moskau reisen

Alexius ließ „wegen Erkrankung“ absagen - Ein Brief des Bischofs an Stalin

Berlin (UP). Einen Tag vor der beabsichtigten Abreise des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands und Bischofs von Berlin und Brandenburg, D. Dr. Otto Dibelius, nach Moskau, hat die russisch-orthodoxe Kirche ihre Einladung an den höchsten Vertreter der deutschen evangelischen Kirche vorläufig zurückgezogen.

Das vom Patriarchen Nikolaj unterschriebene Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „Mit tiefem Bedauern beileide ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß der heiligste Patriarch erkrankt ist. Dieser Umstand entzieht uns die Möglichkeit, Sie an der angesetzten Frist zu empfangen. Wir haben die Absicht, später auf die Frage zurückzukommen. Herrliche Grüße in Christo.“

In kirchlichen und politischen Kreisen Berlins hat die plötzliche Absage überrascht. Es war in kirchlichen Kreisen nicht bekannt, ob sie auf einer tatsächlichen Erkrankung des Oberhauptes der russischen Kirche beruhte oder ob ihr politische Gründe zugrunde lagen. Außer Dibelius sollten Bischof D. Hanns Lilje (Hannover) und Bischof D. Hugo Hahn (Dresden), sowie drei weitere Vertreter der Evangelischen Kirche an der Reise teilnehmen.

In dem soeben erschienenen „Kirchlichen Jahrbuch 1951“ wird ein Brief veröffentlicht, den Bischof Dibelius namens der Evangelischen Kirche in Deutschland am 18. September vorigen Jahres an Stalin gerichtet hatte. Dibelius hatte sich darin gegen die Handhabung der Justiz in der DDR gewandt, um im Interesse „gutsachbarlicher Beziehungen“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion eine möglichst baldige Abstellung der von ihm aufgezählten Mängel zu erbitten. Dibelius wendete sich ferner gegen Verhaftungen ohne richterlichen Haftbefehl und ohne Benachrichtigung der Angehörigen, gegen Ausschließung der Öffentlichkeit bei Strafverfahren, Verurteilung von Jugendlichen zu unemenschlich harten Strafen, Nichtbeachtung von Grundsätzen der Menschlichkeit im Strafvolzug, Verweigerung seelsorgerlicher Betreuung für Häftlinge, sowie gegen Ablehnung von Begnadigung bei Personen, die von sowjetischen Militärgerichten verurteilt worden seien. Aus diesen Verstößen gegen das Rechtsgefühl des deutschen

Volkes erwachsene Verbitterung ist, wie der Bischof betont, „schon jetzt in einem Maße vorhanden, das dem Frieden bedrohlich werden kann.“

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. Reinold von Thadden-Trieglaff, besprach in Bremen mit Senatspräsident Wilhelm Kaisen aktuelle Kirchenfragen. Von Thadden-Trieglaff teilte erstmalig Einzelheiten über seine vor einer Woche in Berlin erfolgte Unterredung mit Ostronen-

Ministerpräsident Grotewohl mit. Grotewohl habe ihm gegenüber bedauert, daß er auf Grund der angespannten politischen Lage in diesem Jahr nicht sein Versprechen halten konnte, 20.000 Menschen aus der Ostzone die Genehmigung zur Teilnahme am Kirchentag in Stuttgart zu geben. Grotewohl hätte sich für den in Hamburg vorgesehenen Kirchentag 1953 sehr interessiert und zugesagt, die Frage der Verteilung von Ausreisegenehmigungen aus der Ostzone freundschaftlich zu erwägen. Wenn auch noch keine Versprechungen gemacht worden seien, meinte von Thadden-Trieglaff, sei es durchaus möglich, daß im nächsten Jahr rund 20.000 Menschen aus der Ostzone nach Hamburg zum Kirchentag kämen.



Die aufständischen Viet-Minh-Truppen haben in Indochina erneut Erfolge gegen die französisch-vietnamesischen Streitkräfte errungen. Die Lage der Franzosen wird immer kritischer. Unser Bild zeigt eine vietnamesische Nachschubkolonne, die durch unregelmäßiges Gebiet Munition und Verpflegung an die Front bringt.

## Schmuggler mit Flugzeug und U-Boot

Seeräuber kreuzen auf dem Mittelmeer — Überfall auf die „Combinatie“

Tanger (UP). Seit ein „kleiner“ Piratenstreck auf den holländischen Motorbooter „Combinatie“ bekannt wurde, herrscht zwischen der internationalen Polizei von Tanger und Paris lebhafter Nachrichtenaustausch. Es gibt als ziemlich sicher, daß der Überfall auf den Holländer das Werk eines weit verzweigten Seeräuber- und Schmugglerringes ist, dessen Fäden von den USA bis Italien und von der nordafrikanischen Küste bis an die Côte d'Azur reichen. Die hier erscheinende Zeitung „España“, die sich guter Beziehungen zu den verantwortlichen Polizeibehörden rühmt, hat sogar offen ausgesprochen, daß der berühmte Gangsterkönig „Lucky Luciano“ seine Hand mit im Spiel habe. Mehr noch, das Blatt will sogar wissen, daß die weitverzweigte Bande über ein Flugzeug, ein U-Boot und eine ganze Flottille schneller Motorboote verfüge, die in den friedlichen Gewässern des Mittelmeers operieren.

Den ersten Hinweis auf das Vorhandensein eines solchen Ringes lieferte der bereits erwähnte holländische Kutter „Combinatie“, der nach den Aussagen seines Kapitäns Anfang Oktober auf hoher See von der maskierten Besatzung eines Motorbootes gespart und seiner Zigarettenladung im Wert von rund 200.000 Dollar beraubt wurde. Mehrere Wochen später beschlagnahmte die Polizei in Tanger das rechtliche Motorboot „Esme“, das den Beschreibungen des holländischen Kapitäns entsprach.

Der Besitzer der „Esme“, ein Amerikaner namens Rue Wright, sagte aus, das Boot samt fünf Mann Besatzung sei vor einiger Zeit von Unbekannten gemietet worden. Zu welchem Zweck, wisse er nicht zu sagen. Die fünf Besatzungsmitglieder, vier Engländer, ließen hinter Schloß und Riegel sitzen, und der holländische Kapitän Engelsmann, konnte schon mehr erzählen. Nach ihren Erzählungen sind sie samt Boot von einem Amerikaner mit Mittelwest-Akzent für mehrere Wochen gechartert worden, um Zigaretten von Tanger nach Südfrankreich zu schmuggeln. Kurz vor dem Auslaufen sei die Mannschaft unerwartet um fünf schwerbewaffnete Franzosen und einen Amerikaner verstärkt worden. Sie selbst — die Engländer — habe man über das geplante Vorhaben nicht aufgeklärt, sondern angewiesen, schweigend allen Befehlen zu gehorchen. In der Höhe von Oran sei die „Esme“ schließlich auf den holländischen Motorbooter gestoßen und habe oeegelegt, während die sechs Banditen das Schiff geentert hätten. Der Amerikaner blieb auf der „Esme“ und hielt die Engländer in Schach, während die Ladung der „Combinatie“ übernommen wurde.

Der polnische Staatspräsident Bierut ist von seinem Posten zurückgetreten und hat das Amt des Ministerpräsidenten übernommen.

## Stassen wird Nachfolger Harrimans

Humphrey Finanzminister - Bonn begrüßt Ernennung von Dulles

New York (UP). Dwight D. Eisenhower gab zwei weitere Ernennungen für sein künftiges Kabinett bekannt: George M. Humphrey aus Cleveland wurde von ihm zum Finanzminister und Herbert Brownell aus New York zum Generalstaatsanwalt (Justizminister) ernannt.

Eisenhower gab ferner bekannt, daß er den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Harold E. Stassen als Nachfolger W. Averell Harrimans zum Direktor des Amtes für gemeinsame Sicherheit ernennen werde.

Humphrey, der neue Finanzminister, kommt ebenso wie der künftige Verteidigungsminister Charles E. Wilson, aus der Industrie. Er leitete bisher als Präsident die Stahlfirma Mark A. Hanna in Cleveland. Brownell hat eine lange Laufbahn als Jurist hinter sich. 1944 wurde er Vorsitzender des republikanischen Nationalkomitees. 1948 leitete er die Wahlkampagne des damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Thomas Dewey. Harold Stassen gilt als Angehöriger des „liberalen“ Flügels der Republikanischen Partei. Er war früher Gouverneur von Minnesota und zuletzt Präsident der Universität von Pennsylvania.

In Bonn wurde die Berufung von Dulles zum neuen US-Außenminister begrüßt. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte: „Wir begrüßen in Dulles einen Mann mit einer um-

fassenden Erfahrung in außenpolitischen Fragen, insbesondere auf dem Gebiet der europäischen Probleme.“ Dulles sei durch seine Tätigkeit bei den Vereinten Nationen ein ausgezeichneter Kenner des Ost-West-Konfliktes. Der CDU-Pressedienst schreibt am gleichen Tage, es bestehe Anlaß zu der Hoffnung, der offizielle Verkehr der Bundesrepublik mit den USA werde sich auch in Zukunft in einer ebenso positiven Weise vollziehen, „wie es schon unter den letzten Chefs des amerikanischen Außenministeriums der Fall gewesen ist.“

Eisenhower bedankte sich telegraphisch für die Glückwünsche, die Bundeskanzler Adenauer ihm anlässlich des Wahlsieges übersandte. In seinem Telegramm schreibt Eisenhower: „Ich habe mich über Ihre guten Wünsche sehr gefreut und erwidere sie herzlich.“

### William Green gestorben

Der Präsident des US-Gewerkschaftsverbandes AFL, William Green, ist in Coshocton in Ohio gestorben. Erst vor 14 Tagen verschied auch Philipp Murray, der Präsident des zweiten großen amerikanischen Gewerkschaftsverbandes CIO. Wie Murray, start auch Green an einem Herzleiden. Er ist 76 Jahre alt geworden. Green war 28 Jahre lang Präsident des größten amerikanischen Gewerkschaftsverbandes. Am 19. Dezember 1924 eine Woche nach dem Tode ihres ersten Präsidenten Samuel Gompers, wählte die AFL Green zu seinem Nachfolger. Seitdem wurde er von sämtlichen AFL-Kongressen einstimmig wiedergewählt. Green konnte es nicht verhindern, daß sich die vereinigten Bergarbeiter unter John L. Lewis im Jahre 1936 von der AFL trennten. Aus dieser Splittergruppe, die eine ganze Anzahl weitere Verbände aus der AFL nach sich zog, konstituierte sich der Congress of Industrial Organizations, der CIO, der der große Antipode der AFL wurde. Trotzdem konnte die AFL gegen Ende des zweiten Weltkrieges die Rekordzahl von sieben Millionen Mitgliedern melden.

Syngman Rhee erlitt eine Niederlage, als die südkoreanische Nationalversammlung den von Rhee vorgeschlagenen Ministerpräsidenten Lee Kap Sung mit 94 gegen 76 Stimmen ablehnte.

Bundespräsident Heuss wird am 30. November auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Belzen einen 33 Meter hohen Obelisk einweihen.

### Die Sozialpolitik des deutschen Handwerks

Gegen eine schematische Ordnung der sozialpolitischen Fragen wendet sich der sozialpolitische Ausschuß des deutschen Handwerks, der zu einer zweitägigen Sitzung in Stuttgart zusammengetreten ist. Von dem Ausschuß wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß bei der Verwirklichung des Betriebsverfassungsgesetzes die in den Handwerksbetrieben bestehende natürliche Bildung der Schaffenden nicht aufgehoben oder gestört werden dürfe. Die Entscheidungsfreiheit des Meisters müsse wenigstens in allen personalen und wirtschaftlichen Fragen gewährleistet bleiben. Zur gegenwärtigen ohnpolitischen Lage verweist der Ausschuß darauf, daß die Sicherung des Reallohnes für den Arbeitnehmer auf die Dauer vorteilhafter sei als eine Erhöhung der Nominallöhne, die Tarifpartner sollten sich um den Ausbau tariflicher Schlichtungsinstanzen bemühen.

## SPD-Minister gegen Vertragswerk

Die Haltung der südwestdeutschen SPD - Verfassung „nur Organisationsstatut“

Stuttgart (ZSH). Es sei außer Zweifel, daß die SPD-Minister der Stuttgarter Regierung gegen das deutsch-alliierte Vertragswerk stimmen würden, wenn die Haltung Baden-Württembergs zu diesen Verträgen im Bundesrat bestimmt werden müsse, sagte der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Stuttgarter Verfassunggebenden Landesversammlung, Alex Möller, bei einem Presseempfang.

Möller betonte, daß es vollkommen ausgeschlossen sei, daß sich die „Besten der Fraktion“ in dieser Frage gegen die allgemein bekannte Parteilinie wenden könnten. Einer ausgesprochenen Anweisung der SPD-Fraktion an ihre Minister bedürfe es hierfür nicht. Auf die Tatsache hingewiesen, daß diese Haltung Baden-Württembergs praktisch die Ablehnung des deutsch-alliierten Vertragswerkes durch den Bundesrat bedeuten würde, erklärte Möller, über die Konsequenzen der von ihm beschriebenen Entwicklung könne er keinen Kommentar geben. Der SPD-Fraktionsvorsitzende fügte hinzu, die Notwendigkeit der Stellungnahme der Länder sei jedoch noch von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abhängig.

Weiter erklärte Möller, die SPD habe mit ihrer Zustimmung zur Billigung der Erhöhung des Bundesanteils an der Körperschaftsteuer zum Schutz- und Schuldgesetz und zum Betriebsverfassungsgesetz keineswegs Grundsatze aufgegeben, sondern lediglich der politischen Situation und den Gegebenheiten in Baden-Württemberg Rechnung getragen. Die SPD treibe keine Machtpolitik, sondern bemühe sich im Interesse des Landes die besten Lösungen zu finden. Möller wandte sich ferner scharf gegen die zunehmenden finanziellen Forderungen des Bundes. Wenn der Bundesfinanzminister jetzt noch seine Forderung

durchsetzen sollte, auf die Reserven der Landesversicherungsanstalt zurückgreifen zu können, sei den Ländern die letzte Möglichkeit genommen, zusätzliche Mittel für Darlehenszwecke zu erlangen.

Mehrere Abgeordnete bedauerten den langsamen Fortgang der Verfassungsarbeiten. Nach dem gegenwärtigen Stand sei zu befürchten, daß die erste Lesung des Verfassungsentwurfs nicht vor Ostern abgeschlossen werde. Der Fraktionsvorsitzende Alex Möller verteidigte die Ansicht, daß die Landesverfassung nur ein Organisationsstatut sein sollte. Man könne viel Konfliktstoff aus dem Weg räumen und die Verfassungsarbeiten beschleunigen, wenn man auf einer Wiederholung der im Grundgesetz ausführlich behandelten Grundrechte verzichten wollte.

Zur Schulfrage erklärte Möller, die christliche Gemeinschaftsschule sei der SPD ein ernstes Anliegen. Die CDU habe allen Grund, froh zu sein, daß die SPD heute aufrichtig für eine christliche Schulform eintritt. Wäre die CDU bei den Regierungsverhandlungen nicht ganz offen für die in Württemberg-Hohenollern bestehende Schulform, also die Bekenntnisschule eingetreten, so wäre in Baden-Württemberg mit großer Wahrscheinlichkeit eine andere Koalition zustande gekommen.

Fritz Schieler (Freiburg) sagte, er habe den Eindruck, daß gerade in Baden die Entwicklung für die Koalition und damit auch für die SPD arbeite. Die aufgeschlossene Haltung der Landesregierung gegenüber den badischen Anliegen und ihre bestimmten Zusagen bei den verschiedenen Regierungsbesuchen hätten ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Bevölkerung beginne zu merken, daß die Verhältnisse ganz anders liegen, als von der Opposition behauptet werde.

In **neuer** *Mischung* *Format* **und neuem**

Neu ist auch das äußere Gewand, in dem sich Ihnen die Texas nunmehr präsentiert. Ihre in den Farben Weiß, Rot und Gold strahlende neue Packung ist Symbol für eine Zigarette von ungewöhnlich brillantem, lebhaftem Charakter, duftiger Milde und ausgesprochener Eigenart

### Umschau in Karlsruhe

#### 70 Tonnen Behörden-Akten

**Eine neue Verwaltung in Karlsruhe**  
 Karlsruhe (ld). Mit 70 Tonnen Akten und 321 Beschäftigten zog die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in diesen Wochen in die neue, alte Beamtenstadt in Baden ein. Nach den Bundesgerichten und dem Regierungspräsidium Nordbaden bedeutet die Verlegung dieser Anstalt von Amberg nach Karlsruhe eine weitere Vergrößerung des Verwaltungsbetriebes dieser Stadt und eine spürbare Belebung ihrer Wirtschaft. Der Riesenumzug wurde in zehn Tagen bewältigt.

Der Geschäftsbereich der Versorgungsanstalt erstreckt sich auf etwa 19 000 Bundes-, Länder- und Kommunalverwaltungen mit insgesamt etwa 321 000 Pflichtversicherten.

### Aus der badischen Heimat

**Die Herstellung von Falschgeld klappte nicht**  
 Mannheim (lw). Das Mannheimer Schöffengericht verurteilte einen 28-jährigen Mann wegen versuchter Falschmünzerei zu sieben Monaten Gefängnis. Der Angeklagte, der bereits zwölfmal vorbestraft ist, hatte im Juli dieses Jahres erstmals versucht, mit Hilfe eines Gipsabdruckes falsche Fünf-DM-Stücke herzustellen. Als der Versuch mißlang, wollte er später mit einem primitiven Blei-Verfahren bessere Ergebnisse erzielen, scheiterte aber nach seinen eigenen Angaben an der Unzulänglichkeit seiner Arbeitsmöglichkeiten. Bei der polizeilichen Durchsuchung wurden dann „Geldstücke“ gefunden, die er niemals hätte in den Verkehr bringen können. Obwohl der Angeklagte seinen Vorsatz zugab, mit den gefälschten Fünfmarkstücken verschiedene Geldstrafen abzuzahlen, bezeichnete er sich „wegen dieser Kleinigkeiten noch lange nicht als Verbrecher“ und behielt sich vor, ein Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen.

#### Einjähriger begeht Selbstmord

Rastatt (lw). Ein 11 Jahre alter Junge aus Otigheim legte sich zwischen Otigheim und Rastatt auf die Eisenbahnschienen und ließ sich von einem Zug überfahren. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der Junge den Freitod gesucht, nachdem er beim Entwerfen eines Bilderbogens im Wert von 24 Pfennig ertrippt worden war. Die Mutter erlitt nach Bekanntwerden des Selbstmordes ihres Jungen einen Nervenzusammenbruch. Ihr Zustand ist lebensgefährlich.

#### Zementsack fünf Kilometer weit getragen

Rastatt (lw). Sechs Männer wetteten mit einem Rastatter Bauarbeiter um je 10 DM, daß er nicht imstande sei, einen Ein-Zentner-Zementsack ohne abzusetzen die fünf Kilometer lange Strecke von Rastatt nach Kuppenheim zu tragen. Der Bauarbeiter gewann die Wette, nachdem er am Fuß- und Bettag, begleitet von seinen „Gegnern“, den Zementsack in einer Stunde und fünf Minuten an das Ziel getragen hatte. Dort lud er den Zementsack nach einem kräftigen Vesper in den Zug und brachte ihn wieder zur Baustelle nach Rastatt zurück.

#### Streit zwischen zwei Elternbeträtern

Offenburg (lw). Zwischen den Elternbeträtern der Mädchenrealschule und der Mädchenvolkschule in Offenburg ist ein heftiger Streit um die Benutzung des Gebäudes der Mädchenvolkschule ausgebrochen. Der Elternbeirat der Volkschule hatte es abgelehnt, der Realschule einen Teil des Gebäudes zum Unterricht zur Verfügung zu stellen. Von dem Elternbeirat der Realschule wird besonders darauf hingewiesen, daß die Mädchen zur Zeit in unhygienischen Kellerräumen unterrichtet werden müssen, in denen die Gesundheit der Kinder gefährdet sei. Der Fall soll jetzt dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Offenburg. Die Landwirtschaftsschule Offenburg zählt mit etwa 60 Schülern zu den westbesuchten Landwirtschaftsschulen des Landes. (lw)

Freiburg. Das Ministerialblatt der süd-badischen Ministerien in Abwicklung wird zum 31. Dezember dieses Jahres sein Erscheinen einstellen. (lw)

#### „Heiße Ware“ rollte nach Heidelberg

**Eine Million Zigaretten beschlagnahmt**  
 Lörrach (lw). In einem Prozeß, der einen interessanten Einblick in die Methoden des Groß-Schmuggels an der deutsch-schweizerischen Grenze gab, hatte sich vor dem

Amtgericht Lörrach ein deutscher Kaufmann aus Bensheim wegen illegaler Einfuhr von einer Million Zigaretten zu verantworten.

Die „heiße Ware“ wurde, wie die Verhandlung ergab, mit Hilfe einer Einfuhr-Lizenz für Kakao, die der Angeklagte seinem Schweizer Helfershelfer in Basel besorgt hatte, in einem Waggon über die Grenze gebracht. Vorher hatte sich der Schweizer Komplize vergewissert, daß die deutschen Zollorgane bei der Waggonabfertigung in der Regel nur Stichproben machten und dann meist auch nur die in der Nähe der Waggonüren gestapelten Waren untersuchten. Auf Grund dieser Beobachtungen ließ der Basler Schmuggel-Partner einen Eisenbahn-Waggon zum größten Teil mit Zigaretten beladen. Nur in der Nähe der seitlichen Waggonüren wurden einige hundert Kakao-Pakete zur Tarnung gelagert. So rollte die Ladung über die Grenze nach Heidelberg, allerdings in unauffälliger Begleitung von Beamten der Zollanbahnung, die offenbar Wind bekommen hatten.

Aber auch der deutsche Empfänger der Schmuggelladung hatte inzwischen „kalte Füße“ bekommen, denn er verweigerte plötzlich die Annahme der Sendung. Die Frage war, ob er freiwillig von dem Schmuggel-unternehmen zurückgetreten war oder ob er gemerkt hatte, daß die Schiebung mißglückt war. Entgegen den Beteuerungen des Angeklagten einigte sich das Gericht auf die zweite Version und verurteilte den deutschen Kaufmann zu zehn Monaten Gefängnis und 20 000

U-Mark Geldstrafe. Der Basler Schmuggel-partner und zwei andere Schweizer Helfershelfer zogen es vor, der Verhandlung vor dem Lörracher Gericht fernzubleiben, obwohl ihnen von den deutschen Behörden freies Geleit zugesichert worden war.

Säckingen. In Säckingen wird im nächsten Jahre das 100-jährige Jubiläum des „Trompeters“ gefeiert. Zu Weihnachten 1833 erschien die erste Ausgabe. (lw)

#### Die Geliebte ihres Vaters überfallen

##### Schwere Verletzungen mit dem Messer

Waldshut (lw). Das Schwurgericht Waldshut verurteilte eine 38 Jahre alte Kriegswitwe wegen Totschlagsversuchs zu zwei Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte auf Mordversuch plädiert und eine Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus und Einweisung der Angeklagten in eine Heil- und Pflegeanstalt beantragt. Die Täterin hatte auf der Dorfstraße in Unterlauchingen eine 38-jährige Freundin ihres Vaters, die bei ihm als Untermeisterin gewohnt hatte, mit einem Messer angefallen und ihr schwere Verletzungen beigebracht.

Bei der Schilderung der Familienverhältnisse ergab sich, daß der Vater der Angeklagten vollkommen unter dem Einfluß seiner Freundin stand und seine Frau und Tochter darunter jahrelang und schwer zu leiden hatten. Mutter und Tochter verließen zeitweise auf Monate das Haus. In der Tochter, die sich während des Krieges verheiratete, aber schon nach wenigen Monaten Witwe wurde, sammelte sich ein maßloser Haß gegen die Geliebte ihres Vaters an, der zum Ausbruch kam, als ihre Mutter im vergangenen Jahre starb, ohne daß der Vater sie auch nur ein einziges Mal im Krankenhaus besucht hätte.

Überlingen. Das Leben der Stadt Überlingen am Bodensee ist in einem Schmalfilm festgehalten worden, der von der Arbeitsgruppe Bodensee des Deutschen Schmalfilmklubs gedreht wurde. (lw)

#### Villingen hat über 23 000 Einwohner

Villingen (lw). Villingen im Schwarzwald zählte am 31. Oktober 23 064 Einwohner. Die Einwohnerzahl der 100-jährigen Zähringerstadt hat damit seit dem Jahr 1914 um etwa das Doppelte zugenommen. Im Jahre 1900 hatte Villingen 7800 Einwohner. Der starke Zuwachs ist vor allem auf die Industrialisierung der Stadt zurückzuführen. Trotz seiner Industrie hat Villingen aber auch heute noch einen guten Ruf als Kur- und Fremdenort.

### Aus den Nachbarländern

#### Weihnachtsbeihilfen für Minderbemittelte

Stuttgart (lw). Der Finanzausschuß der Verfassenden Landesversammlung billigte einstimmig den Beschluß der Landesregierung, Minderbemittelten eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Die Beihilfe beträgt für Familienverdiene und alleinstehende Personen 30 DM, für Familienangehörige 15 DM für alle drei Landesteile. Sie liegt damit über den Sätzen des vergangenen Jahres. Ausgezahlt wird die Weihnachtsbeihilfe nicht nur an Fürsorgeempfänger, sondern auch an Personen, deren Arbeitseinkommen unter einer bestimmten Grenze liegt. Das Land muß für die Beihilfen etwa 10 Millionen DM aufwenden.

## Warum mehrere CDU-Landesverbände?

Dr. Gark zum Organisationsprinzip

Stuttgart (lw). Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Verfassenden Landesversammlung Baden-Württemberg, Dr. Franz Gark, äußerte sich in einer Erklärung zum Organisationsprinzip der Parteien in Südwestdeutschland. Er betonte, daß seine Partei im Gegensatz zu den Regierungsparteien an dem System mehrerer Landesverbände festgehalten habe.

Die CDU könne es sich als freiheitliche Partei ihrem Wesensgehalte nach leisten, bei organisatorischer Vielfältigkeit ihre geistig politische Einheit zu wahren. Sie sei im Gegensatz zu den Regierungsparteien gewohnt, föderalistisch zu denken. Für die Koalition sei der Apparat erstrangig, der Mensch zweit-rangig. Die CDU beschreite gerade den umgekehrten Weg. Dr. Gark unterstrich abschließend, daß der Parteiaufbau der CDU die eine „junge Bewegung“ sei, Vorbild für einen Staatsaufbau sein sollte, der allein in neuen Bundesland Menschen gewinnen könne. „Es wird die Stunde kommen, in der die CDU in der Verantwortung und in der Reife vorbildlichen Staatsaufbau zu leisten vermag“

verium aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Verordnungen zu erlassen. Die Ermächtigung erstreckt sich auf Verordnungen über die Herstellung, Beförderung, Aufbewahrung, Verwendung und den Vertrieb von Sprengstoffen und anderen Gegenständen, die Sprengstoffe enthalten.

Abgesehen von den Strafbestimmungen des Sprengstoffgesetzes unterliegt das Sprengstoffrecht der Landesgesetzgebung. Dies bedeutet, daß auch die früheren sicherheitsrechtlichen Vorschriften des Reiches auf dem Gebiet des Sprengstoffwesens als Landesrecht weitergelten.

In der Begründung des Gesetzes wird festgestellt, daß die Erfahrungen aus den Sprengstoffattentaten der letzten Zeit dazu zwingen, für Sicherheitsmaßnahmen klare Rechtsgrundlagen zu schaffen. Mit der Verkündung dieses Gesetzes soll das württemberg-badische Gesetz über den Verkehr mit Sprengstoffen und ihre Lagerung vom 23. April 1932 außer Kraft treten.

Die Landesregierung hat außerdem den Entwurf eines Gesetzes zur Angleichung der Wiedergutmachungsgesetze im Lande Baden-Württemberg zugeleitet. Die Vorschriften der in den bisherigen Ländern Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern geltenden Entschädigungsgesetze stimmen zwar im wesentlichen überein, weichen aber in Einzelheiten zum Teil erheblich voneinander ab. Durch das neue Gesetz sollen die Bestimmungen der in den bisherigen Ländern Südbaden und Württemberg-Hohenzollern geltenden Entschädigungsgesetze an die des württemberg-badischen Gesetzes angeglichen werden.

#### Verkehr mit Sprengstoffen neu geregelt

##### Ein Gesetzentwurf der Landesregierung

Stuttgart (lw). Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat der Verfassenden Landesversammlung den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Sprengstoffen und ihre Lagerung zugeleitet. Das Gesetz soll das Innenministerium ermächtigen, im Benehmen mit dem Justizministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Arbeitsmini-



**DAS LIEBESSPIEL AUF DER DÄMONENINSEL VON ANITA HUNTER**  
 Copyright by Hamann-Meyerpress durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden (Schluß)

Pflichtlich sah Stefan Salto in dem scharfen Mondlicht, wie ein feiner schwarzer Streifen im Felsgestein sichtbar wurde. Es knisterte wie Seidenpapier. Er erschrak! Wenn die Flieger noch einmal so tief herabtauchten, noch einmal so dicht über sie hinwegflogen, dann brach der Stein auseinander, dann setzten die Vibrationen der Luft das rollende Gestein in Bewegung. Und dann?

Schweiß trat auf seine Stirn. Er rief nach Naumi — Naumi, mußte signalisieren, daß die Flieger nicht zurückkamen. Aber Naumi war fort, wahrscheinlich war er der Suchkolonne entgegengerollt.

„Stefan!“

Es klang wie ein Hauch. „Stefan, sie müssen bald kommen —“

„Ja, sie kommen bald!“

Aber nicht die Retter kamen — sondern zu seinem Schrecken sah er, wie das grüne Schwingenlicht der beiden Flugmaschinen sich wieder näherte. Wieder begann das Gestein zu knistern, der Riß wurde breiter, es sah aus, als löse ein schleimiger dunkler Streifen über den Fels und jetzt seine Augen weiteten sich vor Schreck der ganze Fels schien lebendig zu werden. Er schien sich aufzubäumen. Verzweifelt stemmte Stefan Salto seine Schultern gegen den Stein, er fühlte einen furchtbaren Druck, einen heftigen Schmerz — aber er hielt aus. Und auf einmal wippte der riesige Stein beiseite.

Er stürzte hintenüber, rollte polternd den steilen Abhang hinab alles mit sich reißend. Einen einzigen Augenblick lang stand Stefan Salto noch wie gelähmt, das Poltern und Krachen hatte ihn fast taub gemacht.

Dann beugte er sich nieder: der Weg war frei, dicht vor ihm lag Carlita unversehrt! Das Schicksal hatte sie freigegeben —

Er beugte sich nieder, nahm sie auf seine Arme.

„Carlita! Kleine Geliebte — meine einzige Geliebte —“

Sie schlug die Augen auf, lächelte, sie richtete sich auf, versuchte sich frei zu machen.

„Lieg still!“, sagte er, „lieg ganz still — und küsse mich!“

Sie fühlte wie sein Arm sie fester umschloß, sie hörte, wie sein Herz wie rasend gegen ihre Brust schlug, es war ihr, als ob alles Leben sie verließ als sie seine harten, fordernden Lippen auf den ihren fühlte. Nie wieder, das wußte sie, nie wieder würde er sie so küssen. Ein Kuß, geboren aus Todesangst und dem Jubel der Befreiung.

Einen Augenblick lang gab sie sich dem Gefühl hin, dann siegte ihre Vernunft.

„Nein — Stefan — nein —“

„Was ist? Bist du bange — bange davor, mich zu küssen?“

„Du weißt nicht, was du tust, Stefan —“

„Doch, ich halte dir einzige Frau, die ich liebe, in den Armen!“

Fackelschein überzog den Himmel, man hörte die Leute der Rettungskolonne kommen. Matja sah mit strahlenden Augen die vielen fremden Menschen, er hatte alle Schrecken, alles Leid vergessen —

„Ich kann selbst gehen“, flüsterte Carlita, aber Stefan schüttelte den Kopf.

„Ich lasse dich nicht mehr aus meinen Armen — nie mehr!“

Sie fühlte seine Stärke, die Arme, die sie hielten, als se sie ein Kind, sie fühlte den starken Schlag seines Herzens. Sie legte ihren Kopf in die Beuge dieses starken Armes, ein unendliches Gefühl des Glücks und des Friedens kam über sie.

XIV.

Wie ein bunter Regen rieselten Tausende von Hyazinthenblüten auf das junge Paar herab. Man jubelte und winkte. Die Polycyster waren wie die Kinos. Immer wieder drängten sich die Frauen herab und hingen Stefan und Carlita Blumenketten um den Hals.

„Aloha! Aloha Nui! Kommt wieder, kommt wieder!“

Sie standen nebeneinander an Bord der Yacht, die ihnen Fürst Drjona für ihre Hochzeitsreise nach den USA zur Verfügung gestellt hatte.

„Aloha! Kommt wieder!“

„Ja — wir kommen wieder!“ rief Carlita. Wie wäre es anders möglich? Wer einmal auf Pita-Paga gewesen war, der kam immer wieder, die Insel der Dämonen ließ niemanden mehr los.

Langsam setzte sich die Yacht in Bewegung. Hunderte von Kanos umschwärmten das weiße Schiff. Man warf bunte Papierschlängen und noch mehr Blumen.

Carlitas weißer Schleier wehte im Wind, es war wie eine Liebesung, die sie ihrer Insel zum Abschied geben wollte.

Die blaue Lagune verschwand, die schäumende Brandung an den Korallenriffen rief ihr letztes Lebewohl.

Leise strich Stefan Saltos Hand über die ihre:

„Wir kommen wieder, Carlita!“

„Ja“ sagte sie. Ihr Blick suchte das kleine weiße Missionshaus, vor dem die amerikanische Flagge wehte. In der Abendsonne schimmerie das Dach der bescheidenen Kirche wie Gold. Hier waren sie heute Mann und Frau geworden.

„So ernst, Frau Salto?“

„Ernst? Nein, glücklich! Sag noch einmal Frau Salto — das klingt gut!“

„Frau Carlita Salto — meine Frau!“

Ein kleines Segelboot mit feuerrotem Segel schoß durch die Brandung.

Kalaukeka winkte und rief. Sie hoben grüßend die Hand.

„Genau so sah ich dich das erstemal! Du kamst in deinem Boot durch die Brandung, als wolltest du die Yacht rammen — schon damals liebte ich dich, Carlita!“

Sie lachte. „Man sollte an seinem Hochzeitstag nicht lügen, Stefan Salto, Du hast mich gar nicht beachtet —“

Er protestierte: „Doch, ich sagte zu Barbara —“

Er brach ab. Sie schwiegen, Barbara! Arme Barbara! Sie würde nie wieder gesund werden. Die Tore einer Nervenhilfsanstalt hatten sich für immer hinter ihr geschlossen.

„Sie liebt Fürst Drjona — das entschuldigt vieles!“ — sagte Carlita. „Arme Barbara! Für sie war Pita-Paga die Hölle —“

Stefan beugte sich herab und küßte seine junge Frau. Dann nahm er das Gespräch wieder auf:

„Ich weiß nicht, seit wann ich dich liebe, ich weiß nur, daß ich dich immer lieben werde, und daß ich nie vorher —“

„Stefan!“

„Ja, Carlita!“

„Du solltest nicht schon wieder die Unwahrheit sagen!“

„Du denkst an — Ruth?“

„Ja — aber ich bin Ruth nur dankbar! Es war gut, daß sie kam, daß du sie wiedergesehen hast, daß ich sie kennenlernte. Mrs. Peter McNeill, ich gönne ihr diesen Namen, er klingt so vornehm —“

„Schrecklich vornehm. — Salto ist ein viel einfacher Name!“

„Aber so heißt — mein Mann!“

Carlitas Augen leuchteten, blauer als die Lagune von Pita-Paga.

„Ja, so heißt er und er ist nichts weiter als ein Arzt auf einer kleinen tropischen Insel mitten im Pazifik! Er wird weder Oberarzt noch Professor werden, er wird sein Leben dem Menschen widmen, die ihn brauchen —“

„Dann mußt du dein ganzes Leben mir widmen — denn ich brauche dich, Stefan!“

Er hob sie plötzlich auf seine Arme.

„Komm, sieh noch einmal zurück, Pita-Paga verschwindet am Horizont!“

Sie bildete zur Insel der Dämonen, die immer kleiner wurde, und während der Vulkan seine Hochzeitsfackel zu den Sternen leuchten ließ, trug Stefan Salto seine junge Frau über die Schwelle des Brauttrümmers —

„Aloha!“ lachten die Wellen, die schlüpfend und gurgelnd einen schwarzen Streifen hinter der weißen Yacht zurückließen. „aloha — wir kommen wieder —“

ENDE

**LEBENSVERSICHERUNG lindert Leid**